

Entwicklungspolitik Kompakt



Nr. 20, 28. Mai 2015

Binnenflüchtlinge – Aktuelle Trends, Ursachen und Ansatzmöglichkeiten für die EZ

Autorin: Dr. Linda Helfrich

Redaktion: Dr. Helke Wälde

Von Binnenflüchtlingen bzw. intern Vertriebenen (internally displaced persons, IDPs) spricht man, wenn Menschen unfreiwillig ihre angestammte Heimat verlassen müssen, dabei aber im Territorium ihres eigenen Landes bleiben.

Die Zahl der Binnenflüchtlinge ist 2014 dramatisch gestiegen: Nach Informationen des Internal Displacement Monitoring Center (IDMC) beim Norwegischen Flüchtlingsrat¹, gab es 2014 weltweit ca. 38 Mio. registrierte IDPs, davon wurden 11 Mio. in 2014 neu vertrieben. In 90 % der Länder, die der Report untersuchte, lebten die Flüchtlinge bereits 10 Jahre oder mehr in dieser prekären Situation, aufgrund der oftmals verzögerten Beilegung von Konflikten bzw. mangelnder Möglichkeiten der Rückführung wegen schlechter Sicherheitslagen.

Was hat den sprunghaften Anstieg der Binnenflüchtlinge ausgelöst?

Ursachen des starken Anstiegs sind hauptsächlich fortgesetzte und intensiverte Fluchtbewegungen aus bestehenden Krisenregionen, und nur zu einem geringeren Teil IDPs aus 2014 neu entstandenen Krisenherden.

Den Löwenanteil stellen mit insgesamt über 16 Mio. Vertriebenen nach wie vor die bekannten Konflikte in Afrika und dem Nahen/Mittleren Osten: Irak, Süd-Sudan, Syrien, Demokratische Republik Kongo (DCR) und Nigeria. Fast 2/3 des globalen Zuwachses der Zahl der IDPs fand in diesen fünf Ländern statt. Syrien ist mit 7,6 Millionen Binnenvertriebenen das Land mit dem weltweit größten absoluten Zuwachs von 1,1 Mio. allein im Jahr 2014.

In Lateinamerika ragt Kolumbien mit 6 Mio. IDPs als einsamer Spitzenreiter hervor. Gründe dafür sind sein ungelöster politischer Konflikt sowie zunehmende kriminelle Gewalt. Neu in den Report aufgenommen wurde El Salvador, das in 2014 erstmals insgesamt 935.400 IDPs an den IDMC berichtet hat,

In Europa hat vor allem ein Land 2014 Schlagzeilen gemacht: die Ukraine. Dort war es zu interner Vertreibung (ca. 650.000 IDPs) nach den Ereignissen auf dem Maidan gekommen.

2014 war Pakistan mit insgesamt 1,9 Mio. das Land in Asien mit der höchsten Zahl von Binnenflüchtlingen. Rund 900.000 Menschen mussten nach dem Beginn eines Militäreinsatzes der pakistanischen Armee gegen bewaffnete nicht-staatliche Akteure in Nordwaziristan im Juni 2014 eine neue Vertreibungswelle hinnehmen.

Hauptursachen von Binnenflucht: Politische Konflikte und Gewalt

Die zahlenmäßig wichtigsten Ursachen von Binnenvertriebung sind politische Konflikte sowie die Verfolgung durch den Staat und nicht-staatliche Gewaltakteure, zum Teil überlagert durch ethnische oder religiöse Konfliktlinien oder kriminelle Gewalt. Staatliche Unterdrückung kann dabei von Diskriminierungen bis hin zum Genozid reichen. Naturkatastrophen oder Klimawandel spielen weltweit gesehen dagegen eine sekundäre Rolle.

In den Konflikten geht es oft um politische Teilhabe, um Zugang zu Ressourcen oder die Kontrolle über Territorien. Oft bricht die Gewalt in vernachlässigten, fragilen Landesteilen aus, zu denen der Staat wenig Zugang hat. Einige Gruppen bedienen sich des Terrors als Strategie, um ihre Ziele zu erreichen. Auffallend war gemäß den Berichtsautoren die steigende Anzahl schwer zu kontrollierender nicht-staatlicher Gewaltakteure, die nationale Regierungen und die Weltgemeinschaft zunehmend herausforderten, wie zum Beispiel der Islamische Staat in Syrien und Irak oder Boko Haram in Nigeria.

Ansatzmöglichkeiten für EZ: Nothilfe, Wiederaufbau, Friedensarbeit, Prävention

Binnenvertriebene benötigen zunächst und

unmittelbar humanitäre Nothilfe wie Unterkünfte, Trinkwasser, Nahrungsmittel, manchmal auch psychosoziale Unterstützung, die in den ersten Tagen und Wochen überwiegend von internationalen Hilfswerken und den Vereinten Nationen geleistet wird. Durch Nothilfe werden die Konfliktsachen aber nicht beseitigt. Im Falle von Kriegen und Naturkatastrophen geht es zunächst um den zügigen Wiederaufbau von Infrastruktur (Straßen, Schulen, Krankenstationen, Energie- und Wasserversorgung), damit die IDPs schnell in ihre Heimatregionen zurückkehren können. Im Falle politischer Konflikte handelt es sich meist um längerfristige Phänomene (s.o.), bei der die Flüchtlinge mehrere Jahre oder gar dauerhaft in anderen Landesteilen untergebracht werden müssen. Hier sollten der Ausbau der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur in den Aufnahmegebieten unterstützt und produktive Jobs für den Lebensunterhalt der Flüchtlinge (Beschäftigungsprogramme, Mikrokredite) geschaffen werden, um den IDPs einen minimalen Lebensstandard zu sichern, den gestiegenen Nutzungsdruck aufzufangen und damit auch ihre Akzeptanz in den Aufnahmegebieten zu fördern. Nach Friedensschlüssen und erfolgter politischer und wirtschaftlicher Stabilisierung kommt schließlich die geordnete Rückführung bzw. Reintegration von Flüchtlingen und Kombattanten hinzu (Aussöhnungsprozesse und Entschädigungsverfahren, Entwaffnung und Bekämpfung krimineller Gewalt, Sicherheitssektorreform, Ausbildung und Wirtschaftsförderung). Eine partizipative Durchführung dieser Maßnahmen und die Einbindung in politische Reformprozesse können längerfristig zum Abbau der eigentlichen Konfliktsachen beitragen.

Mindestens genauso wichtig wie eine schnelle und systematische Krisenreaktion sind die frühzeitige Identifizierung von potenziellen Krisenherden und die Vorbeugung vor neuen Konflikten. Als geeignete Präventionsmaßnahmen, um Fluchtbewegungen schon im Kern zu vermeiden, gelten die Entwicklung von zuverlässigen Krisenfrühwarnsystemen, die Förderung von besonders benachteiligten Regionen und Bevölkerungsgruppen und die Unterstützung von politischen Prozessen des friedlichen Interessensausgleichs. ■

¹ Vgl.: IDMC, Global Overview 2015. People internally displaced by conflict and violence. Genf, Mai 2015.